

---

# Anmerkungen zu 1989

---

## Bundespräsident Heinz Fischer

---

Das Jahr 1989 ist aus vielen Gründen besonders interessant: Der »Panzerkommunismus«, der sich 1956 in Ungarn und 1968 in Prag noch durchgesetzt hatte, implodierte im Zeitlupentempo, so daß alle voll ungläubigen Staunens zusehen konnten.

Die Teilung Europas konnte damit überwunden werden, und die EU (EWG) wuchs in den Folgejahren von zwölf »westlichen« Mitgliedsstaaten auf 27 Staaten. Von zwei Supermächten, die einander in Form eines Gleichgewichts des Schreckens in Schach hielten, blieb nur eine in vollem Umfang erhalten.

Dieser unblutige Zusammenbruch des »Ostblocks« hat sich vor unser aller Augen abgespielt und wird im zeitlichen Abstand von 20 Jahren noch plastischer als damals zur »Istzeit« und ist auch in seinen Auswirkungen besser abschätzbar.

\*

Daher begrüße ich auch die Beschäftigung mit dem Jahr 1989 in diesem Heft der »Europäischen Rundschau«:

Ich schreibe diesen Text in der Karwoche 2009, also in der ersten Hälfte April, und erinnere mich, daß ich am 11. April 1989, also fast auf den Tag genau vor 20 Jahren, in Wien ein langes Gespräch mit dem inzwischen verstorbenen SPD-Vordenker Peter Glotz über die Entwicklungen in Prag, Budapest und in den beiden deutschen Staaten geführt habe.

Bisher Unvorstellbares schien möglich zu werden – oder täuschten wir uns?

Wir haben damals auch vereinbart, eine Einladung von ungarischen Exilsozialdemokraten anzunehmen, am 1. Mai 1989 in Budapest als Redner an der ersten sozialdemokratischen Maikundgebung seit dem Beginn der KP-Herrschaft teilzunehmen – damals ein sensationelles Projekt, auf das ich noch kurz zurückkommen werde.

Und so nehme ich also meinen Kalender des Jahres 1989 zur Hand, um persönliche Erinnerungen aufzufrischen und einige Ereignisse hervorzuheben.

\*

Das Jahr 1989 begann mit riesigen Feiern in Havanna zum 30. Jahrestag der Kubanischen Revolution.

Aus vielen Staaten langten Glückwünsche in Kuba ein. Aber in den Hauptstädten der Warschauer-Pakt-Staaten war den führenden Personen der Nomenklatura bereits weniger zum Feiern zumute – auch wenn man sich in der DDR zur gleichen Zeit noch auf die bombastischen Feiern zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR vorbereitete. Die KP-Führer der Ostblockstaaten hatten bereits große Sorgen. Ihr politisches und ökonomisches System hatte an allen Ecken und Enden Probleme, und im Kurs von Michael Gorbatschow sahen sie weniger eine Chance als vor allem Gefahren. Gleichzeitig festigte sich die Erkenntnis, daß der »Ostblock« gar kein einheitlicher Block war.

Mitte Jänner 1989 – am 20. Jahrestag der Selbstverbrennung des Studenten Jan Palach, der 1969 mit seinem dramatischen Freitod ein Fanal gegen die gewaltsame Unterdrückung des Prager Frühlings gesetzt hatte – war die ČSSR-Polizei in Prag besonders nervös und ging daher sehr brutal gegen Demonstranten vor.

Wenige Tage zuvor, am 11. Jänner 1989, hatte Ungarn als erster »Ostblockstaat« ein Gesetz beschlossen, daß die ungehinderte Bildung von Parteien und anderen politischen Vereinigungen zuließ.

Kurz darauf kam aus Ungarn eine Delegation von »reformorientierten« Funktionären der ungarischen Arbeiterpartei nach Wien, um mit österreichischen Sozialdemokraten über die Themen »Reform« und »Demokratisierung« zu sprechen.

Die interessantesten Gesprächspartner aus Ungarn waren damals Gyula Horn, Rezső Nyers und Imre Pozsgay. Am Thema einer »kulturellen Liberalisierung« war besonders Bela Köpeczi interessiert, den ich gut kannte, weil wir in den Jahren zuvor als Minister im Bereich von Wissenschaft und Kultur zusammengearbeitet hatten.

Es war offensichtlich, daß sich die Positionen der einzelnen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes immer mehr zu differenzieren begannen.

Schon einige Jahre vorher hatte mir János Kádár in einem Gespräch auf die Frage, was denn eigentlich der Unterschied zwischen der Politik der Kommunisten in Ungarn und in der DDR sei, geantwortet: »Das ist ganz einfach. Wir in Ungarn richten unsere Politik flexibel nach objektiven Gegebenheiten und nach den Bedürfnissen unserer Bevölkerung aus und modifizieren sie dort, wo es sinnvoll ist.

In der SED kennt man nur drei politische Marschbefehle. Nämlich: »Geradeaus, Stopp oder Retour.«

Am 21. Jänner 1989 nahm der Vorstand der eigentlich verbotenen polnischen Gewerkschaftsbewegung »Solidarność« ein Gesprächsangebot der polnischen Regierung zu Verhandlungen über die Demokratisierung Polens an.

Mit am »Runden Tisch« saß auch der junge Jugend- und Sportminister der damaligen polnischen Regierung, Alexander Kwaśniewski (geboren 1954), der in dieser Zeit mit seinem Lancia öfter nach Wien kam, um an Dialogveranstaltungen teilzunehmen. Er war ein interessanter Gesprächspartner.

Unter dem Datum 2. Februar, 9:15 Uhr steht in meinem Kalender des Jahres 1989 »Paul Lendvai«. Wir kannten uns damals bereits seit mehr als einem Vierteljahrhundert.

Ich kann mich an dieses Gespräch nicht mehr im Detail erinnern, aber ich bin sicher, daß wir damals sowohl über Ungarn als auch über Polen und alle damit zusammenhängenden Entwicklungen gesprochen haben, und wahrscheinlich auch über Kreisky, denn das waren Lieblingsthemen von Paul Lendvai.

Am 11. Februar 1989 nahm das ZK der Ungarischen Kommunisten eine Neubewertung des Volksaufstandes von 1956 vor. Das bereitete mir besondere Genugtuung, denn ich hatte 1956 und 1957 als Student an vielen Veranstaltungen und Demonstrationen unter dem Titel »Freiheit für Ungarn« und »Gegen den Panzerkommunismus« teilgenommen.

Die (offizielle) ČSSR ist damals fast täglich negativ aufgefallen: Im Jänner 1989 wurde z. B. der Bürgerrechtsaktivist Václav Havel bei einer Demonstration verhaftet und am 21. Februar zu neun Monaten Haft verurteilt.

Ich arbeitete in dieser Zeit in einem kleinen internationalen Team unter der Leitung von Willy Brandt an einem Dokument über die Entwicklungen in Osteuropa. In meinem Kalender steht am Freitag, dem 24. Februar: 10:00 Uhr, Büro Willy Brandt, Bonn.

Wir trafen uns damals fast monatlich, um die Entwicklungen zu analysieren und Gedanken auszutauschen. Es ging in unseren Diskussionen zu diesem Zeitpunkt vor allem um das Tempo der Entwicklung in Osteuropa, um die Frage, wie die sowjetische Führung auf einen Emanzipationsprozeß der osteuropäischen Staaten reagieren werde, und um die heikle Frage, ob ein friedlicher Machtwechsel in Osteuropa möglich sei.

Anfang März 1989 begannen in Wien 35 KSZE-Außenminister – darunter auch Alois Mock – mit Verhandlungen über den Abbau konventioneller Streitkräfte in Europa. Dies war aber weniger das Resultat eines neuen Denkens in den Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes, sondern vor allem Resultat einer neuen Außenpolitik von Michael Gorbatschow, der diesbezüglichen Bemühungen des Westens entgegenkommen wollte.

Am 23. März 1989 wurde durch eine Verfassungsänderung in Jugoslawien die Autonomie der jugoslawischen Provinz Kosovo radikal beschnitten. Was man damals nicht wußte, war, daß der serbische Nationalist Milošević mit diesem Schritt letzten Endes die Weichen zu kriegerischen Konflikten und zu seinem eigenen Untergang gestellt hatte.

Zu diesem Zeitpunkt war in Ungarn bereits János Kádár durch Károly Grósz ersetzt worden, der nun nach Moskau reiste, um die ungarische Reformpolitik mit der Perestroika von Gorbatschow abzustimmen – wobei die Position von Gorbatschow in Moskau alles andere als unangefochten war.

Am 24. April ist um 13:15 Uhr in meinem Kalender ein Mittagessen mit Alois Mock vermerkt, um die Entwicklungen in Osteuropa zu diskutieren.

Die Tatsache, daß ich den 1. Mai 1989 gemeinsam mit Peter Glotz aus Deutschland, Gunnar Stenarv aus Schweden und meiner Frau bei einer oppositionellen 1.-Mai-Veranstaltung in Budapest verbrachte, habe ich schon kurz erwähnt.

Wir sind gemeinsam von unserer Wiener Wohnung in der Josefstadt mit meinem Privatauto nach Budapest gefahren, und es war eine äußerst merkwürdige Veranstaltung, die ich dort im Budapester Stadtwäldchen erlebt habe: wahrscheinlich mehr Polizisten als Teilnehmer und eine unglaubliche Mischung aus Angst und Hoffnung.

Mehrere Hubschrauber kreisten über unseren Köpfen, aber wir wurden im eigentlichen Sinn nicht behindert.

Am 9. Mai kommt in Polen die Opposition zum ersten Mal im staatlichen Fernsehen zu Wort, und wenige Tage später wird in Jugoslawien der Slowene Janez Drnovsek neuer Staatspräsident.

Bei einem Gespräch mit Willy Brandt in Bonn am 12. Mai festigte sich bei uns immer mehr die Überzeugung, daß die kommunistischen Systeme dem bestehenden Druck nicht werden standhalten können. Die Frage war nach wie vor, wann und wie sie kollabieren werden und ob ein solcher Prozeß friedlich verlaufen kann oder Blutvergießen auslösen wird.

Am 27. Juni wurde im Zusammenhang mit einem Österreichbesuch des neuen ungarischen Außenministers Gyula Horn in der Nähe von Sopron (Ödenburg) vor aller Welt von Gyula Horn und Alois Mock der Stacheldraht als Symbol des geteilten Europa durchtrennt, wobei der Grundsatzbeschluß dazu auf ungarischer Seite schon Wochen vorher gefallen war. Die symbolische Kraft dieses Aktes an der österreichisch-ungarischen Grenze war von ungeheurer Wirkung und hat dazu beigetragen, die weitere Entwicklung zu beschleunigen.

Am 29. Juli wurde in Polen General Jaruzelski, der für die Verhängung des Kriegesrechtes verantwortlich war, als KP-Chef abgesetzt. Über den Sommer kam weitere Dynamik in die Entwicklung, weil tausende Urlauber aus der DDR über Ungarn in den Westen gelangen wollten.

Am 21. August gab es mächtige Demonstrationen in Prag zum 21. Jahrestag der Niederschlagung des Prager Frühlings.

Im gleichen Monat hatte der Machtwechsel in Polen begonnen, deutliche Formen anzunehmen, indem der Solidarność-Vertreter Mazowiecki zum polnischen Ministerpräsidenten gewählt wurde. Er war der erste nicht-kommunistische Regierungschef im gesamten Warschauer Pakt.

Am 10. September öffnete Ungarn die Westgrenze für tausende DDR-Bürger.

In der DDR wurde am 18. Oktober Erich Honecker durch die SED-Hoffnung Egon Krenz abgelöst – was aber den weiteren Verlauf der Ereignisse nicht mehr ändern konnte.

Am 23. Oktober 1989 – genau 33 Jahre nach der Revolution von 1956 – wurde in feierlicher Form die »Republik Ungarn« ausgerufen und die »Volksrepublik Ungarn« war damit Geschichte. Kurz zuvor hatte die bis dahin alleinregierende ungarische Sozialistische Arbeiterpartei ihre Auflösung bzw. Umwandlung in die ungarische Sozialistische Partei (MSZP) beschlossen, und gleichzeitig wurde mit Vorbereitungen für die ersten freien Wahlen begonnen.

Die Kräfte der Veränderung wurden von Tag zu Tag stärker, und die »Montag-Demonstrationen« in der DDR entwickelten sich zu einer mächtigen und wirksamen Massenbewegung.

Am 4. November 1989 gab es in Ostberlin die größte Protestdemonstration der Nachkriegszeit, und die weitere Entwicklung ist ja gerade in Deutschland nahezu stündlich in jedem Detail dokumentiert, bis es dann am 9. November zur chaotischen Öffnung der Grenzen von Ostberlin Richtung Westberlin durch das wankende DDR-Regime gekommen ist.

Damit war der entscheidende und irreversible Schritt zur Wende gesetzt – und es waren Schritte ohne Blutvergießen.

Zwei Wochen später mußte auch der Tschechoslowakische Parteichef Milos Jakes zurücktreten und damit den Erfolg der »samtenen Revolution« in Prag anerkennen.

Der Demokratisierungs- und Desintegrationsprozeß Jugoslawiens begann in der ökonomisch am besten entwickelten Teilrepublik Jugoslawiens, nämlich in Slowenien, während zur gleichen Zeit die Schrauben im Kosovo fester angezogen wurden.

\*

Wie viel 1989 verändert hat, zeigt vielleicht am deutlichsten die Tatsache, daß in der Tschechoslowakei im Jänner 1989 der Dramatiker und Bürgerrechtler Václav Havel noch bei einer Demonstration verhaftet und zu einer mehrmonatigen Haftstrafe verurteilt wurde, und daß der gleiche Václav Havel am 29. Dezember des gleichen Jahres vom Parlament zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Alexander Dubcek bekam die Funktion des Parlamentspräsidenten übertragen. Ich habe ihn sehr geschätzt und hatte in den letzten Jahren seines Lebens viele Kontakte und Gespräche mit ihm. Der großen Freude, zu seinem 70. Geburtstag in Bratislava eine Geburtstagsrede halten zu dürfen, folgte bald darauf die traurige Pflicht, bei seinem Begräbnis das Wort zu ergreifen, nachdem er bei einem Autounfall ums Leben gekommen war.

In Ost-Berlin lagen die pompösen Feiern zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR Anfang Oktober 1989 und der faktische Zusammenbruch der DDR durch den Fall der Berliner Mauer Anfang November 1989 in grotesker zeitlicher Nähe.

In Bulgarien war die Wende des Jahres 1989 vielleicht am wenigsten dramatisch. Generalsekretär Todor Zhivkov hatte die kommunistische Diktatur in Bulgarien zwar viele Jahre hindurch mit starker Hand geführt, aber es gab in seiner Umgebung Persönlichkeiten, die moderner dachten als er und in der Bevölkerung ein höheres Ansehen hatten als die »Kronprinzen« in anderen kommunistischen Ländern. Nachdem Zhivkov die Unterstützung von Gorbatschow mehr und mehr verloren hatte und Gorbatschow in Außenminister Mladenov offenbar einen geeigneten Nachfolger sah, verbündete sich Mladenov mit verschiedenen jüngeren Kräften in der bulgarischen Parteiführung, und es gelang ihm, am 10. November 1989 Zhivkov zu stürzen und die Macht zu übernehmen. Maßgebliche Unterstützung erhielt er dabei von Andrei Lukanov, der wenig später Ministerpräsident wurde.

Am 17. Dezember 1989 versprach Mladenov freie Wahlen in Bulgarien für das Jahr 1990 auf der Basis eines Mehrparteiensystems. Die Reformkommunisten gewannen diese ersten Wahlen mit deutlicher Mehrheit, wobei aber wenige Monate später der Kandidat der Opposition Schelju Shelev die Präsidentenwahl gewann. Ein relativ reibungsloser Machtwechsel war vollzogen.

Rumänien war das einzige Land des Ostblocks, wo der Machtwechsel mit dem Tod des bisherigen Machthabers verbunden war, indem Nicolae Ceauşescu und seine Frau Elena am 25. Dezember 1989 nach einem standgerichtlichen Verfahren erschossen wurden.

Dem waren riesige Demonstrationen mit schweren, teilweise blutigen Auseinandersetzungen vorausgegangen, wobei Teile der Sicherheitskräfte auf die Seite der Demonstranten übergelaufen waren.

\*

Das Jahr 1989, das mit tiefreichenden und kontroversiellen Reformdiskussionen in Ungarn und Polen – vor dem Hintergrund der dramatischen Entwicklungen in der Sowjetunion – begonnen hatte und mit der Wahl von Václav Havel zum Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik am 29. Dezember endete, war ein Jahr der Umwälzungen in Osteuropa.

In den kommunistisch regierten Staaten Europas war kein Stein auf dem anderen geblieben. Keiner der Staats- und Parteichefs, die am 1. Jänner 1989 in den Staaten des Warschauer Paktes an der Macht waren, stand – mit Ausnahme von Gorbatschow – auch noch am 31. Dezember 1989 an der Spitze seines Landes.

Es gab aber nicht nur Umwälzungen in Osteuropa, sondern diese Entwicklungen hatten auch Auswirkungen auf das übrige Europa und auf andere Teile der Welt.

Durch die tektonischen Beben in der Sowjetunion, denen kurz darauf der Zusammenbruch der Sowjetunion und auch die Auflösung des Warschauer Paktes folgte, änderte sich die gesamte weltpolitische Balance. Aus dem subtilen Gleichgewicht des Schreckens zwischen den USA an der Spitze der NATO und der Sowjetunion an der Spitze des Warschauer Paktes entwickelte sich das Primat der Supermacht USA an der Spitze einer expandierenden NATO. Und andererseits entwickelte sich ein mit vielen Problemen kämpfendes Rußland, das zwar nach wie vor Atommacht war, aber nicht nur den Warschauer Pakt und damit seine Alliierten verloren hatte, sondern an dessen Grenzen sich jetzt ehemalige Teilrepubliken oder ehemalige Satellitenstaaten befanden, die vielfach schwierigere und kompliziertere Beziehungen zu Rußland hatten als die »alten« NATO-Staaten.

Durch den Zusammenbruch der DDR war die Frage der Wiedervereinigung von Deutschland auf die Tagesordnung der Geschichte gekommen.

Der schöne Satz von Willy Brandt »Es wächst zusammen, was zusammengehört« läßt auch nicht ansatzweise die Schwierigkeiten erkennen, von denen der Prozeß der Wiedervereinigung (vielfach auch hinter den Kulissen) begleitet war.

Und der mehrjährige Zerfallsprozeß Jugoslawiens bildete ein eigenes blutiges und dramatisches Kapitel in der Geschichte dieser Wendejahre.

Auch für Österreich war diese Phase von großer Bedeutung: Die Überwindung der Teilung Europas machte für Österreich (ebenso wie für Schweden und Finnland) den Weg zu einer Mitgliedschaft in der EU frei, über den bereits seit der Bildung der Koalitionsregierung Vranitzky–Mock Anfang 1987 ernsthaft nachgedacht worden war.

In der Regierungserklärung, die Bundeskanzler Vranitzky am 28. Jänner 1987 dem Nationalrat vorgetragen hatte, hieß es: »Die österreichische Bundesregierung wird ihre Außenpolitik auf bewährten Grundlagen, die von einem breiten Konsens getragen sind, fortsetzen. Mit der Erfüllung der sich aus seiner Neutralität ergebenden Pflichten und Aufgaben leistet Österreich einen Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa...«

Österreich bekennt sich zur Idee eines vereinten Europa und wird im Einklang mit seinem internationalen Status weiter an den Bemühungen um diese Einigung teilnehmen. Die Ausgestaltung und der Ausbau des Verhältnisses Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft, die heute den Einigungsprozeß hauptsächlich vorantreibt, bilden daher ein zentrales Anliegen der österreichischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik.«

Das Jahr 1988 war das Jahr der Diskussion über Europa, das Jahr der innerparteilichen Erörterung und das Jahr der zwischenparteilichen Verhandlungen über einen EU-Beitritt.

Das Festhalten an der Neutralität und das Projekt einer Volksabstimmung über den EU-Beitritt bildeten die Schwerpunkte dieser Diskussionen.

Das Jahr 1989 war dann – begleitet und beschleunigt durch die Entwicklungen in Osteuropa – das Jahr der Entscheidungen.

Ab März 1989 war die Volksabstimmung über einen EU-Beitritt vereinbarte Sache, und was die Neutralität betraf, hatten SPÖ und ÖVP am 26. Juni 1989 eine Parteienvereinbarung zur weiteren Vorgehensweise in der Integrationspolitik abgeschlossen, in der es unter anderem wörtlich hieß: »Die beiden Parteien (SPÖ und ÖVP) betonen die Bedeutung der immerwährenden Neutralität Österreichs als einen lebendigen politischen Beitrag unseres Landes für Sicherheit, Stabilität und Zusammenarbeit in Europa. Für Österreich ist die Wahrung seiner immerwährenden Neutralität auch im Falle einer EG-Mitgliedschaft unabdingbar.«

Auf dieser Basis erzielte der österreichische Ministerrat am 4. Juli 1989 Einvernehmen über den österreichischen Beitrittsantrag, der am 17. Juli 1989 dem damaligen französischen Außenminister und Ratsvorsitzenden überreicht wurde.

Die Verhandlungen waren schwierig, aber erfolgreich. Am 12. Juli 1994 – also ziemlich genau fünf Jahre nach der demonstrativen Durchtrennung des Eisernen Vorhanges an der österreichisch-ungarischen Grenze – wurde der österreichische EU-Beitritt in einer Volksabstimmung mit einer Mehrheit von knapp über 66% der gültig abgegebenen Stimmen genehmigt und ist am 1. Jänner 1995 in Kraft getreten.

Es gab eine gerade Linie von 1989 zu 1995.

\*

Als das Jahr 1989 (fast) ohne Blutvergießen zu Ende gegangen war und der Eisernen Vorhang quer durch Europa der Geschichte angehörte, lagen die Mühen der Gebirge – nämlich einer Überwindung der Diktatur – hinter den betroffenen »Reformstaaten«. Vor ihnen lagen die kaum geringeren Mühen der Ebene (in Wahrheit weitere Gebirge), nämlich der Aufbau pluralistischer demokratischer Gesellschaften, Reformen in Staat und Wirtschaft und die volle Teilnahme am Prozeß der europäischen Integration. An diesem Prozeß waren viele Kräfte, viele Personen und viele Institutionen in verdienstvoller Weise beteiligt.

In einem Beitrag für die »*Europäische Rundschau*« vom August 2003 habe ich z. B. über die Aktivitäten des Europäischen Forums für Demokratie und Solidarität auf diesem Gebiet berichtet und gar nicht so wenige führende Persönlichkeiten des heutigen Europa haben ihre ersten Schritte auf der internationalen Bühne im Rahmen dieses Forums gemacht.

Ein Rückblick auf das Jahr 1989 aus heutiger Sicht rückt vor allem auch die Tatsache ins Blickfeld, daß damals ein Prozeß begonnen hat, der – zum ersten Mal in der Geschichte – Europa zu einem demokratischen Kontinent gemacht hat.

Darüber hinaus konnte ein Prozeß beginnen, der Krieg durch gemeinsame Anstrengungen aus dem Arsenal der europäischen Politik zu eliminieren versucht. Nicht zuletzt hat der Prozeß der europäischen Integration nach der Überwindung der Teilung Europas ein Stadium erreicht, wo die EU auch bei der Erörterung von Problemen globaler Dimension Mitsprache hat und sich für europäische Positionen Gehör verschaffen kann. Immerhin ist das Bruttosozialprodukt der EU heute größer als das Bruttosozialprodukt der USA.

Aber nichts ist perfekt. Und vieles ist noch zu tun.

Wie viel man in 20 Jahren verändern und erreichen kann, wird deutlich, wenn man das Europa des Jahres 1989 mit dem Europa von 2009 vergleicht.

Es ist eine eindrucksvolle Bilanz.

Die Frage stellt sich: Wo werden wir 2029 stehen?